

ANNA DMITRIEVA

Poczdam

Die EU-Russland-Beziehungen: eine Ausweitung innenpolitischer Interessen?

Im Juni 2008 wurden die Verhandlungen über ein neues EU-Russland-Kooperationsabkommen aufgenommen, um neue Rahmenbedingungen für die strategische Partnerschaft zwischen der Europäischen Union und der Russischen Föderation zu schaffen und das bestehende Format der „vier gemeinsamen Räume“ zu ersetzen. Wenig später, im Jahr 2010, inspirierte Dmitrij Medvedevs Modernisierungsinitiative die Gründung der EU-Russland-Partnerschaft für Modernisierung. Die Inspiration war jedoch nur kurzlebig und brachte keinen entscheidenden Fortschritt bei der Vorbereitung des neuen Kooperationsabkommens, da die beiden Parteien sich auf spezielle Zielbereiche der zukünftigen strategischen Partnerschaft nicht einigen konnten. Während Russland erwartet, dass die EU technologische Unterstützung für Innovationsprojekte sowie eine baldige Aufhebung der Visumpflicht für russische Staatsbürger anbietet, will die EU eine Partnerschaft mit Russland aufbauen, die auf demokratischen Werten, Rechtsstaatlichkeit sowie der freien Marktwirtschaft basiert. Mit der Wiederwahl Vladimir Putins zum Präsidenten im März 2012 scheinen die Verhandlungen über ein neues Kooperationsabkommen zum Stillstand gekommen zu sein.

Die EU scheint zunehmend unzufrieden mit den jüngsten Entwicklungen im russischen innenpolitischen und legislativen Prozess zu sein¹. Aus diesem Grund ist die russische Innenpolitik wohl der wichtigste Faktor, der die Beziehungen zur Europäischen Union am stärksten beeinflusst und die Verhandlungen über ein neues rechtsverbindliches Partnerschafts- und Kooperationsabkommen verlangsamt. Bei einer Diskussion über die Zukunft der EU-Russland-Beziehungen scheint es daher durchaus wichtig zu sein, die Logik, die sich hinter der gegenwärtigen russischen Innenpolitik verbirgt, zu verstehen. Dieser wichtige Zusammenhang zwischen Innen- und Außenpolitik spielt im EU-Russland-Kontext eine besondere Rolle und verdient eine nähere Untersuchung. Am Beispiel der EU-Russland-Beziehungen wird in diesem Beitrag Russlands aktuelle kontroverse Außenpolitik als Ausweitung der innenpolitischen Interessen der russischen Führung dargestellt.

Nach einem kurzen Rückblick auf die Herausbildung des gegenwärtigen russischen Regimes werden in diesem Beitrag die folgenden vermuteten Zielsetzungen der heuti-

¹ Europäisches Parlament, *Wahlen in Russland: EU-Abgeordnete fordern freie und faire Neuwahlen*, 14. Dezember 2011, <http://www.europarl.europa.eu/news/de/pressroom/content/20111214IPR34088/html/Wahlen-in-Russland-EU-Abgeordnete-fordern-freie-und-faire-Neuwahlen>, abgerufen am 19. September 2012; Europäische Union, *Statement by EU High Representative Catherine Ashton in the European Parliament on the political use of justice in Russia*, 11. September 2012, http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/EN/foraff/132370.pdf, abgerufen am 19. September 2012.

gen russischen politischen Elite diskutiert, die scheinbar nicht nur den internen politischen Prozess des Landes dominieren, sondern auch einen starken Einfluss auf das Verhältnis zu der Europäischen Union haben:

- 1) Legitimierung und Erhalt der Macht durch die gegenwärtige politische Elite;
- 2) Wiedererlangung des nach dem Zerfall der Sowjetunion verlorenen Großmacht-Status;
- 3) Einsetzung der wirtschaftlichen Stabilität (insbesondere gerichtet an die GUS-Statuten) als Gegenkraft zur europäischen „soft power“.

Rückblick

Nach dem Zerfall der Sowjetunion schien die Anpassung an das westliche Modell des „democratic governance“ die einzige realistische und wünschenswerte Option für das neue unabhängige Russland zu sein. Jedoch konnte der Versuch, demokratische Reformen umzusetzen, im Laufe der post-kommunistischen Übergangszeit in den 1990er Jahren nicht erfolgreich abgeschlossen werden. Obwohl es nahezu unmöglich ist, die umfassenden Gründe für das Scheitern des demokratischen Übergangs in Russland aufzulisten, als eine der wesentlichen Ursachen muss hier das Fehlen einer demokratischen Tradition und Erfahrung genannt werden, welches eine unmittelbare Entstehung demokratischer politischer Institutionen (beispielsweise eines breiten Spektrums an politischen Parteien, Interessengruppen sowie zivilgesellschaftlichen Organisationen) offenbar verhinderte. Zu den weiteren wichtigen Gründen zählen insbesondere die fehlenden finanziellen Mittel nach dem wirtschaftlichen Kollaps der Sowjetunion, der Mangel an entsprechend ausgebildeten und erfahrenen Kadern sowie das Fehlen eines funktionierenden Rechtssystems.

Somit verpasste Russland in den 1990er Jahren die Gelegenheit, substantielle demokratische Reformen zu implementieren und damit die sogenannte Wertelücke, die das Land vom europäischen Raum trennt, zu schließen. Mangels anderer realistischer Optionen scheint die anschließende Rückkehr zu einem hoch zentralisierten politischen System vorhersehbar gewesen zu sein. Dies veranschaulicht die tief verwurzelte Pfadabhängigkeit („path dependence“) in der russischen Politik², welche in den 2000er Jahren zur Kristallisierung eines personalisierten, von Vladimir Putin geleiteten „electoral authoritarian regime“³ führte.

Das primäre Ziel der russischen Führung: Legitimierung und Erhalt der Macht

Der Hauptwiderspruch des gegenwärtigen russischen Regimes besteht zwischen der demokratischen Rhetorik seitens der politischen Führung und der weit verbreiteten autokratischen Praxis. Zumindest bis September 2011, als Präsident Medvedev und

² S. Hedlund, *Russian Path Dependence: A People with a Troubled History*, Routledge, New York 2005.

³ S. Levitsky, L. A. Way, *The Rise of Competitive Authoritarianism*, „Journal of Democracy“ 13:2 (2002), S. 51–65.

Premierminister Putin ihre Absicht bekundeten, die Ämter zu tauschen, legte die russische Führung großen Wert auf den Erhalt der Reputation ihres Landes als eines nominell demokratischen Staates sowohl innerhalb der russischen Bevölkerung als auch im Ausland. Es gibt zahlreiche Bekundungen von Vladimir Putin, in denen er Demokratie im Allgemeinen und einzelne demokratische Grundsätze im Besonderen lobte⁴. Nichtsdestotrotz wurden seit seinem ersten Amtsantritt im Jahr 2000 diese Grundsätze wiederholt manipuliert, offenbar mit dem Ziel der Machtkonzentration in den Händen des Präsidenten und der präsidentialen Administration. Neben dem hohen Grad der Machtzentralisierung (*vertikal' vlasti*) wurden mehrere Substitutionen demokratischer Institutionen systematisch eingeführt; diese Substitutionen sollen bestimmte Funktionen echter demokratischer Institutionen erfüllen, jedoch ohne die Macht der gegenwärtigen politischen Führung infrage zu stellen⁵. Ein gutes Beispiel hierfür ist die während Putins zweiter Amtszeit eingeführte Gesellschaftliche Kammer (*Obščestvennaja palata*). Entsprechend dem föderalen Gesetz „Über die Gesellschaftliche Kammer der Russischen Föderation“ soll dieses Gremium dem Ziel dienen, eine öffentliche Aufsicht über die Arbeit der Regierungsbehörden sicher zu stellen⁶. Jedoch werden die Mitglieder der Gesellschaftlichen Kammer direkt oder indirekt vom russischen Präsidenten ausgewählt, was dem eigentlichen Sinn und Zweck des Gremiums zu widersprechen scheint. Die Idee der Substitutionen, die von Petrov, Lipman und Hale entwickelt wurde, kann auch auf die nominell oppositionellen Parteien erweitert werden, die im russischen Parlament zwar vertreten sind, jedoch meist von regimetreuen Parteivorsitzenden geleitet werden. Selbst die quasi-demokratischen Parlaments- und Präsidentschaftswahlen, die vom Kreml-treuen Vorsitzenden der zentralen Wahlkommission, Vladimir Čurov, geleitet und verwaltet werden, können als weiteres Beispiel der Substitutionen echter demokratischer Institutionen dargestellt werden. Die Hauptfunktion solcher Substitutionen besteht darin, durch Einführung eines imitierten politischen Pluralismus das demokratische Erscheinen des Landes zu schaffen und zu verstärken. Zudem zielt diese Strategie auf demokratische Legitimierung des Regimes in den Augen der russischen Bevölkerung sowie der internationalen Gemeinschaft. Darüber hinaus bieten die Substitutionen den Regimeoppositionellen eine Möglichkeit „Dampf abzulassen“, was die Entstehung einer ernsthaften Opposition verhindern kann.

Diese kontroverse Innenpolitik spiegelt sich auch in der widersprüchlichen Beziehung des Landes mit der Europäischen Union deutlich wider. Mit dem Triumph der Idee der Demokratie Ende des 20. Jahrhunderts wurde demokratische Legitimation zu einer wichtigen Voraussetzung für die Länder, die Nähe mit der westlichen Staatengemeinschaft suchen. In dieser Hinsicht betonte die russische Führung bei verschiedenen Gelegenheiten zumindest rhetorisch die europäische Zugehörigkeit ihres Landes. So brachte Dmitrij Medvedev nach seiner Wahl zum Präsidenten im Jahr 2008 seine Über-

⁴ J. Siegert, *Zivillgesellschaft in Russland*, in: *Länderbericht Russland*, Hrsg. H. Pleines, H.-H. Schröder, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2010, S. 180.

⁵ N. Petrov, M. Lipman, H. E. Hale, *Overmanaged Democracy in Russia: Governance Implications of Hybrid Regimes*, „Carnegie Papers“ № 106 (2010), S. 2.

⁶ Federal'nyj zakon *Ob Obščestvennoj palate Rossijskoj Federacii*, 4. April 2005, <http://www.oprf.ru/about/1391/law/418>, abgerufen am 19. September 2012.

zeugung zum Ausdruck, „Russland sei ein europäisches Land und es sei in der Lage, sich gemeinsam mit anderen europäischen Ländern zu entwickeln, die den demokratischen Weg für ihre Entwicklung wählten“. Er betonte auch, dass „Demokratie als Wert, als politisches Regime einen universellen Charakter habe und keine zusätzliche Interpretation benötige“⁷. Diese Aussage steht jedoch im Widerspruch zum Konzept der „souveränen Demokratie“⁸, welches während Vladimir Putins zweiter Amtszeit eingeführt wurde und zurzeit ein Revival in der russischen Innenpolitik zu erleben scheint. Das Konzept wurde offenbar benutzt, um den besonderen Weg der russischen Demokratie zu betonen, die mit den westlichen liberalen Demokratien weder verglichen noch nach demselben Maßstab beurteilt werden sollte⁹. Gleichzeitig wurde die Idee der souveränen Demokratie sowie die wiederholte demokratische Rhetorik von der russischen Führung anscheinend dafür benutzt, um die westlichen Länder von der demokratischen Natur der russischen Innenpolitik zu überzeugen und eine Legitimierung seitens der EU zu erhalten.

Andererseits, obwohl die USA weiterhin als Hauptquelle der aus dem Westen kommenden Bedrohung für Russlands Stabilität wahrgenommen werden, trugen die Kreml-kontrollierten Massenmedien wesentlich dazu bei, eine negative Wahrnehmung Europas in der russischen Bevölkerung zu verbreiten. Neben der kontinuierlichen Berichterstattung über die europäische Finanzkrise, Naturkatastrophen, politischen Affären usw. durch die großen nationalen Fernsehsender, wurden auf den Titelseiten der führenden Printmedien mehrere Programmartikel von Vladimir Putin veröffentlicht, in denen er behauptet, Europa verweigere die Zusammenarbeit mit der Russischen Föderation und versuche sich von Russland abzuschotten¹⁰. Andere führende Politiker sprachen früher von der „europäischen Russophobie“ und „Europas brennendem Wunsch, das viel zu große Russland in Teile zu splitten“¹¹. Als Reaktion auf die „farbigen Revolutionen“ in Serbien, Georgien, Ukraine und Kirgisistan versuchte die russische Führung offenbar, den europäischen Einfluss auf die innenpolitische Ordnung Russlands zu mindern, um die Machtschwächung der gegenwärtigen politischen Elite zu verhindern. Insbesondere im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen im März 2012, als die Proteste der russischen Bürger gegen Putins Regime eskalierten, kritisierte der Kreml zunehmend die angebliche Einmischung westlicher Staaten in die internen russischen Angelegenheiten und ihre Beteiligung an der Organisation der Protestaktionen. In seiner Programmrede im Lužniki-Stadion im Februar 2012 versicherte Putin, er „würde niemandem erlauben, sich in unsere internen Angelegenheiten einzumischen und uns ihren Willen aufzuzwingen, weil wir unseren eigenen Willen haben!“¹².

⁷ D. Medvedev, Interview mit „The Financial Times“, 24. März 2008, <http://www.vesti.ru/doc.html?id=171147>, abgerufen am 19. September 2012.

⁸ V. Surkov, *Nacionalizacija buduščego*, „Ekspert“ 43:537 (2006), http://expert.ru/expert/2006/43/nacionalizaciya_buduschego, abgerufen am 15. August 2012.

⁹ V. Putin, *Demokratija i kačestvo gosudarstva*, „Kommersant“, 6. Februar 2012, <http://www.kommersant.ru/doc/1866753>, abgerufen am 24. August 2012.

¹⁰ Siehe beispielweise Vladimir Putin, *Rossija i menjajušijsja mir*, „Moskovskie Novosti“, 27. Februar 2012, <http://mn.ru/politics/20120227/312306749.html>, abgerufen am 15. August 2012.

¹¹ D. Rogozin, *My molodaja Nacija*, „Nezavisimaja Gazeta“, 4. Oktober 2002, http://www.ng.ru/project/2002-04-10/7_rogozin.html, abgerufen am 15. August 2012.

¹² *Vladimir Putins Rede im Lužniki-Stadion am 23. Februar 2012*, http://ria.ru/vybor2012_putin/20120223/572995366.html, abgerufen am 24. August 2012.

Es ist daher nicht verwunderlich, dass das russische Parlament im April 2012 als Reaktion auf die von Aktivistengruppen und Nichtregierungsorganisationen (NGOs) organisierten Proteste die Einführung eines Experten- und Beratungsausschusses „zur Analyse der Bedrohungen der russischen nationalen Interessen im Ausland und zur Bekämpfung farbiger Revolutionen“ ankündigte. Laut Insidern soll sich der Ausschuss unter anderem mit der Rolle ausländischer Nichtregierungsorganisationen und Netzwerktechnologien als Instrumente der farbigen Revolutionen befassen¹³. Nach dieser Ankündigung folgte im Juli 2012 die Einführung eines neuen NGO-Gesetzes, welches russische Nichtregierungsorganisationen, die zu politischen Themen arbeiten und ihre Finanzierung aus dem Ausland erhalten, als „ausländische Agenten“ kategorisiert. In den europäischen Medien, politischen Kreisen sowie bei den Menschenrechtsaktivisten wurde das Gesetz als Versuch gewertet, zivilgesellschaftliche Organisationen zu diffamieren und ihren Handlungsspielraum einzuschränken¹⁴.

Möglicherweise wurde die systematische Darstellung der EU und der USA als Quelle der externen Bedrohung – insbesondere in den staatlich kontrollierten Medien, in den Reden führender Politiker sowie in der neuen Gesetzgebung – als Maßnahme aufgenommen, um das Unsicherheitsgefühl der russischen Bürger zu verstärken und somit ihre potentielle Unterstützung für eine „starke Führungspersonlichkeit“ zu fördern. Gleichzeitig hatte diese Strategie jedoch zweifellos einen starken negativen Einfluss auf die Beziehungen zwischen der EU und Russland, da die negative Darstellung der EU durch die führenden russischen Staatsmänner mit den Verhandlungen über eine neue strategische Partnerschaft unvereinbar zu sein scheint. Russland will als eine andere Art der Demokratie anerkannt werden und eine enge Kooperation mit der EU in seinen bevorzugten Interessenbereichen führen. Es versucht jedoch jeglichen potentiellen Einfluss der Europäischen Union auf die russische innenpolitische Ordnung zu vermeiden. Wie Igor Torbakov richtig erklärt, „die allgemeine russische Haltung kann am besten durch die schizophrene Formel beschrieben werden: „achieving rapprochement with the West *while* keeping aloof of the West“¹⁵.

Wiedererlangung des Großmacht-Status

Die Wiedererlangung des nach dem Kollaps der Sowjetunion verlorenen Großmacht-Status wurde zu einem wichtigen Ziel der russischen Außenpolitik unter Vladimir Putin. In seinem Programmartikel im Dezember 2009 beschrieb Putin die schwache sozialwirtschaftliche sowie politische Lage, in der sich das Land an der Schwelle des dritten Jahrtausends befand, und nannte die Bildung eines „starken Staates“ als eine der wichtigsten Prioritäten für Russland zu Beginn des 21. Jahrhunderts.

¹³ *Komitet kontrrevoljucionnych del*, „Kommerstant“, 10. April 2012, <http://www.kommerstant.ru/doc/1912382>, abgerufen am 17. August 2012.

¹⁴ *Der Druck auf NGOs in Russland steigt*, <http://www.dw.de/dw/article/0,,16078108,00.html>, abgerufen am 17. August 2012.

¹⁵ I. Torbakov, *What Does Russia Want? Investigating the Interrelationship between Moscow's Domestic and Foreign Policy*, „DGAPanalyse“ 1, 23. Mai 2011, S. 9.

Zugleich warnte er vor dem Risiko, dass Russland gemeinsam mit anderen Entwicklungsländern „weit hinter den führenden Staaten zurückbleiben könnte“¹⁶. Sein Anliegen, Russland den Status einer Großmacht wieder zu gewähren, schien eine große Unterstützung in der Bevölkerung gefunden zu haben, da das traditionell starke Gefühl von Nationalstolz durch die demütigende politische und wirtschaftliche Schwäche der 1990er Jahre verletzt wurde. Die wirtschaftlichen Turbulenzen der Transformationszeit führten zur Verarmung eines großen Teils der russischen Bevölkerung, was zutiefst negative Assoziationen mit dem Begriff der Demokratie hervorrief und den Wunsch nach Stabilität und starker Führung förderte. Neben dem Ziel, die Reputation Russlands als eines starken Akteurs auf der internationalen Arena zu etablieren, wurde die günstige Situation offenbar auch dafür genutzt, um wieder eine hohe Machtzentralisierung einzuführen und eine quasi absolute Konzentration der Macht beim Präsidenten (statt der demokratisch gewählten Organe) zu erreichen.

In der Tat ist es aufgrund der territorialen Größe Russlands, seiner reichhaltigen Rohstoffreserven (Energieressourcen, Süßwasser usw.) sowie seines Besitzes von Atomwaffen unmöglich, das Land als einen wichtigen Akteur auf der international politischen Arena nicht zu beachten. Bis Mitte der 2000er Jahre konnte Russland dank außerordentlich hoher Einnahmen durch Öl- und Gasexporte seine gesamten Auslandsschulden gegenüber westlichen Ländern zurückzahlen und einen erheblichen Stabilitätsfonds einrichten. Diese starke wirtschaftliche Leistung (auch wenn sie allein auf den Einnahmen aus den Rohstoffexporten basiert), erlaubte den führenden russischen Politikern, einen neuen, zunehmend selbstbewussten außenpolitischen Kurs zu verfolgen. Aufgrund des privilegierten Zugangs der europäischen Länder zu russischem Gas bestand Russland darauf, von der EU als gleichwertiger Partner wahrgenommen zu werden. Es war daher keine Überraschung, als Russland sich gegen die Teilnahme an der Europäischen Nachbarschaftspolitik entschied, da es nicht die Rolle eines Junior-Partners der EU neben anderen neuen unabhängigen Staaten der ehemaligen Sowjetunion annehmen wollte. Im Gegenteil, nachdem Russland seine volle Souveränität und die strategische Unabhängigkeit wieder gewann, richtete die russische Führung ihre Außenpolitik gezielt auf die Wiedererlangung des privilegierten Status ihres Landes im post-sowjetischen Raum, den Russland als seinen traditionellen Einflussbereich beansprucht¹⁷.

Es bestehen jedoch ernsthafte Bedenken, ob Russland seine Großmacht-Bestrebungen in Eurasien realisieren kann. Zu den Hindernissen gehören die schrumpfende Bevölkerungszahl, steigende Abwanderung von hochqualifizierten Arbeitskräften, hohe Abhängigkeit der Wirtschaft von den Rohstoffexporten, Schwierigkeiten bei der Implementierung einer umfangreichen Modernisierung sowie auch die mangelnde ideelle Attraktivität für die Nachbarländer. Es muss ebenso berücksichtigt werden, dass die Russland-EU-Energiepartnerschaft ein symmetrisches Abhängigkeitsverhältnis bleibt, da der russische Staatshaushalt in hohem Maße von den Einnahmen aus Öl- und Gasexporten in die EU abhängig ist.

¹⁶ V. Putin, *Rossija na rubeže tysjačletij*, „Nezavisimaja Gazeta“, 30. Dezember 1999, http://www.ng.ru/politics/1999-12-30/4_millennium.html, abgerufen am 19 August 2012.

¹⁷ I. Torbakov, *What Does Russia Want?*, S. 10.

Wirtschaftliche Stabilität als Gegenkraft zur europäischen „soft power“

Gerade weil Russland über keine ideelle Attraktivität verfügt, setzt es auf eine starke und stabile wirtschaftliche Leistung als Anziehungsfaktor für die Nachfolgestaaten der Sowjetunion und versucht, diese durch einen neuen Rahmen für Kooperationen an sich zu binden. In einer Zeit, in der die Europäische Union in einer schweren Wirtschaftskrise steckt und die Ölpreise von den Ereignissen in den arabischen Ländern in die Höhe getrieben werden, genießt Russland dank der hohen Einnahmen aus den Rohstoffexporten eine relative wirtschaftliche Stabilität.

Im Oktober 2011 verkündete Vladimir Putin seine Absicht, eine Eurasische Union zu gründen, die er als „ein neues Integrationsprojekt“ nach europäischem Muster darstellte. Laut Putin würde die neue Union auf gemeinsamer Politik der Mitgliedsstaaten in den Bereichen Technologie, Industrie und Energie sowie auf einer gemeinsamen Handelszone, Visumfreiheit und einer Partnerschaft mit der Europäischen Union basieren¹⁸. Dennoch lassen die Unterschiede in der geographischen Größe, der Größe der Wirtschaft sowie des militärischen Potentials vermuten, dass nicht jedes Mitglied des neuen Integrationsprojekts den gleichwertigen Status erhalten wird. Die Idee der Eurasischen Union scheint vielmehr auf die Wiederherstellung der russischen Dominanz im post-sowjetischen Raum zu zielen.

Es bleibt auch abzuwarten, ob Russlands vorübergehende wirtschaftliche Stabilität ausreicht, um die Zielländer zum Eintritt in die vorgeschlagene Eurasische Union zu überzeugen, oder ob der Kreml den politischen Druck auf die ehemaligen Sowjetrepubliken schließlich erhöhen wird. Momentan lassen sich Russlands Beziehungen mit allen seinen potentiellen Partnern für das neue Integrationsprojekt am besten als problematisch beschreiben. Ukraine, Moldawien und Georgien sprachen bereits ihre Affinität aus, die Integration in den Westen zu vollziehen. Die autokratischen Staatschefs in den zentralasiatischen Ländern sowie in Weißrussland werden vermutlich nicht von der Aussicht angezogen werden, ihre Macht zugunsten der russischen Führung abgeben zu müssen. Abgesehen von der mangelnden ideellen Attraktivität, könnte die angestrebte Integration auch durch wachsende Xenophobie und starke nationalistische Tendenzen im Kernland der zukünftigen Eurasischen Union deutlich erschwert werden¹⁹.

Europäische Experten betrachten Vladimir Putins Ankündigung, eine Eurasische Union zu gründen, als einen Versuch, ein Gegenmodell zur Europäischen Nachbarschaftspolitik zu schaffen und somit die Konkurrenz zwischen der EU und Russland auf dem post-sowjetischen Raum zu erhöhen²⁰. Das letztendliche Ziel des von Putin vorgeschlagenen „neuen Integrationsprojekts“ ist es offenbar, eine weitere Annäherung der GUS-Länder an die Europäische Union zu verhindern und Russlands Großmacht-Ambitionen in Eurasien durchzusetzen. Die Gründung der Eurasischen Union

¹⁸ V. Putin, *Novyj integracionnyj proekt dlja Evrazii – buduše, kotoroe roždaetsa segodnja*, „Izvestija“, 3. Oktober 2011, <http://izvestia.ru/news/502761>, abgerufen am 25. August 2012.

¹⁹ U. Halbach, *Wladimir Putins Eurasische Union: Ein neues Integrationsprojekt für den GUS-Raum?*, „SWP-Aktuell“ 51, November 2011, S. 4.

²⁰ *Russia's Policy towards Post-Soviet Countries and its Impact on EU-Russia Relations*, Internationale Expertenkonferenz, DGAP, Berlin, 17. November 2011.

kann in diesem Fall als ein weiterer Schritt weg von erfolgreichen Verhandlungen über einen neuen Kooperationsrahmen mit der EU betrachtet werden.

Fazit

Die oben genannten Beispiele machen deutlich, dass die aktuellen Ziele der russischen Innenpolitik mit den EU-Vorstellungen über eine nachhaltige strategische Kooperation schwer in Einklang gebracht werden können. Während die Verhandlungen über ein neues Kooperationsabkommen bereits im Jahr 2008 begannen und sogar Fortschritte gemacht zu haben schienen, da beide Partner ein starkes Interesse an einer Partnerschaft für Modernisierung als einen neuen Kooperationsrahmen äußerten, hatten die Verhandlungen bis Ende 2011 zu keinem zufriedenstellenden Ergebnis geführt. Mit der Wiederwahl Vladimir Putins zum Präsidenten scheint es sogar noch unwahrscheinlicher zu sein, dass Russland und die EU zu einer baldigen, für beide Seiten akzeptablen Lösung gelangen könnten. Beide Parteien sprachen unterschiedliche Vorschläge zum Inhalt ihrer zukünftigen Kooperation aus. So erwartet Russland, dass die EU technologische Unterstützung für seine Innovationsprojekte sowie eine visumfreie Reisemöglichkeit für russische Bürger anbietet. Die EU im Gegenzug fühlt sich durch ihre internen Grundlagen sowie internationale Verantwortung verpflichtet, eine Partnerschaft aufzubauen, die auf demokratischen Werten, Rechtsstaatlichkeit und freier Marktwirtschaft basiert. Nach den Protesten rund um die russischen Parlamentswahlen im Dezember 2011 und die Präsidentschaftswahlen im März 2012, und insbesondere aufgrund harten Umgangs des Kreml mit den politischen Gegnern, scheint die EU keine Illusionen über das russische Regime mehr zu haben. Solange Machtmaximierung und Machterhalt ultimative Ziele der russischen Innenpolitik bleiben, kann keine umfassende Modernisierung stattfinden, und so werden das russische und das europäische politische System miteinander unvereinbar bleiben, was die von beiden Seiten angestrebte strategische Partnerschaft verhindert. In Bezug auf die gemeinsame Nachbarschaft und weitere Nachbarstaaten der ehemaligen Sowjetunion scheint Russlands Strategie auf Konkurrenz mit der Europäischen Union und nicht auf erfolgreiche Integration gerichtet zu sein. In diesem Kontext scheint eine baldige Harmonisierung der EU-Russland-Beziehungen äußerst schwer zu erreichen, während die Zusammenarbeit im Energiesektor der wichtigste stabilisierende Faktor in dieser Beziehung bleibt.

Summary

Relations between the European Union and Russia: the development of internal political interests?

In the paper, the author emphasizes a new stage in relations between Russia and the EU in 2008, following the election of D. Medvedev for president. This marked the beginning of intensive talks on the extension of the Partnership and Cooperation Agreement (PCA) and the launch of the EU-Russian Partnership for Modernization. These activities failed, which primarily re-

sulted from how the internal situation developed in Russia. The EU observed that democratization in Russia failed to progress, and the guiding motto of the Putin/Medvedev tandem was to gain and maintain power. The EU was particularly critical of the state parliamentary elections in 2011 and presidential elections in 2012. The EU and Russia have different points of view on the development of bilateral relations. Russia expects the EU to provide technological support and abandon visas, whereas the EU expects Russia to observe Western standards of human rights, freedom of the media and an oligarch-free economy. It will be difficult to align the interests of the EU and Russia outside the energy sector, which is the only sector that may stabilize their overall relationship.

